



DER STAND UM CETA

Das Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada („Comprehensive Economic and Trade Agreement“, CETA) wurde von 2009 bis 2016 verhandelt und wird seit September 2017 vorläufig angewandt. **Vollständig in Kraft treten kann es jedoch erst, wenn es von den Parlamenten aller EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde.** In Deutschland müssen dafür sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat zustimmen. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD sieht CETA positiv, will mit der Ratifizierung jedoch bis nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum CETA-Investitionsschutz warten. Auch das Bundesverfassungsgericht muss noch über die CETA-Verfassungsbeschwerde entscheiden.

Im Bundesrat ist eine absolute Mehrheit von 35 Ja-Stimmen nötig, um CETA zu ratifizieren.

Sowohl die Grünen als auch die Linkspartei haben sich auf Bundesebene gegen das Abkommen ausgesprochen. Wenn alle Bundesländer, in denen sie an der Regierung beteiligt sind, gegen CETA stimmen oder sich enthalten, kann das Abkommen im Bundesrat (nach aktueller Sitzverteilung) noch gestoppt werden.

Daher werden wir den Druck auf Parlamentarier*innen und Parteien verstärken und sie auffordern, CETA abzulehnen.

V.i.S.d.P.: Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19/20, 10117 Berlin

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „TTIP unfairHandelbar“ mit dem Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen „CETA & TTIP STOPPEN! Für einen gerechten Welthandel!“ entstanden.

Zu den ca. **60 Mitgliedsorganisationen** gehören unter anderem Attac, der BUND, Campact, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Kulturrat, Greenpeace, Mehr Demokratie und die Naturfreunde Deutschlands.

Wir setzen uns für eine global gerechte und solidarische Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert.

Unser Forderungskatalog:
download unter bit.ly/2KPnRyH

Gemeinsam mit zahlreichen lokalen Initiativen und Bündnissen fordern wir, die Ratifizierung von CETA zu stoppen!

Vor allem von den Grünen und der Linkspartei, die sich auf Bundesebene gegen CETA ausgesprochen haben, erwarten wir, dass sie bei einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene im Bundesrat sicherstellen, dass das jeweilige Bundesland gegen das Abkommen stimmt oder sich enthält.

Weitere Informationen:

www.gerechter-welthandel.org
www.ceta-aktionstag.de

CETA RATIFIZIERUNG STOPPEN!

5 GRÜNDE GEGEN DAS EU-KANADA-ABKOMMEN

NETZWERK
Gerechter
Welthandel 

5 Gründe gegen CETA



NETZWERK
**Gerechter
Welthandel** 

1. Paralleljustiz für Konzerne

Nach der vollständigen Ratifizierung wird CETA ausländischen **Investoren Sonderklagerechte gewähren, mit denen sie hohe Schadensersatzforderungen an Staaten richten könnten**. Dies gefährdet den Rechtsstaat und schränkt politische Handlungsspielräume ein. Denn Regierungen müssten noch mehr als heute mit Schadensersatzforderungen rechnen, wenn ihre Gesetze oder Regulierungen – beispielsweise zugunsten des Umwelt- und Verbraucherschutzes – Investoreninteressen zuwiderlaufen. Den weitgehenden Rechten für Investoren stehen hingegen keine Pflichten, beispielsweise zum Schutz des Gemeinwohls, gegenüber.

2. Verwässerung von Umwelt- und Verbraucherschutz

Im Gegensatz zum Risikoprinzip in Kanada folgt der Umwelt- und Verbraucherschutz in der EU dem sogenannten Vorsorgeprinzip: Produkte können vorsorglich verboten werden, wenn ein Verdacht für ein Gesundheits- oder Umweltrisiko vorliegt. Dieses **Vorsorgeprinzip ist in CETA nicht ausreichend geschützt** und wird durch Verweis auf Regeln der Welthandelsorganisation sogar noch verwässert. Somit könnte CETA zum Beispiel gentechnisch veränderten Lebensmitteln oder auch möglicherweise krebserregenden Chemikalien den Weg in die EU ebnen. Auch Produkte, die Öl aus kanadischen Teersänden beinhalten, könnten durch CETA hier landen. Bei dieser Form der Ölgewinnung wird eine erhebliche Menge an Treibhausgasen freigesetzt und dadurch der Klimawandel beschleunigt. Zudem fallen Giftstoffe an, die große Flächen kontaminieren.

3. Bedrohung der bäuerlichen Landwirtschaft

Durch die Öffnung der Märkte und die Angleichung unterschiedlicher Lebensmittelstandards **wird CETA die bäuerliche Landwirtschaft weiter unter Druck setzen** und deren Überleben existenziell gefährden. CETA erhöht beispielsweise die Quote für den zollfreien Import von kanadischem Schweinefleisch um das 14-fache innerhalb von sechs Jahren. Dies **wird den Preisdruck im europäischen Fleischsektor noch verstärken** – dabei herrschen hier schon heute Überproduktion und ruinöse Erzeugerpreise. In Kanada werden Bauern und Bäuerinnen unter der Erhöhung der zollfreien Quote von Milchprodukten leiden.

4. Lobby-Einfluss unterhöhlt demokratische Prozesse

Im Rahmen der so genannten regulatorischen Kooperation schafft CETA zahlreiche Ausschüsse zwischen Regulierungsbehörden zu Angelegenheiten wie Landwirtschaft oder Biotechnologie, um beispielsweise Standards anzugleichen. Da diese **Ausschüsse offen sind für Lobbyist*innen, können internationale Konzerne dort bereits vor den parlamentarischen Beratungen Druck auf die Regierungen ausüben**, um Umwelt- und Sozialstandards oder andere unliebsame Maßnahmen zu verhindern.

5. Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge

CETA enthält eine Negativliste für die Liberalisierung von Dienstleistungen. Damit hängt der Umfang der Liberalisierungsverpflichtungen von kompliziert formulierten Ausnahmen ab. Die Folge ist eine **hohe Rechtsunsicherheit**, ob alle wichtigen, schützenswerten Bereiche ausgenommen wurden. Da einmal vollzogene Liberalisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können, **werden kommunale Handlungsspielräume bei der Daseinsvorsorge eingeschränkt**: Für Kommunen wird es noch schwieriger, einmal liberalisierte Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand zu überführen.